

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Habes & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlos monatlich 1,80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 4,50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Anzeigen werden die Tagespreise mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 108.

Dresden, Sonnabend den 11. Mai 1918.

29. Jahrg.

Heftige Kämpfe an der Somme.

(W. T. S.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 1. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Nemetzgebiet war die Kritikalität zeitweilig lebhaft. Wir führten kleinere Unternehmungen mit Erfolg durch. Französische Teilangriffe nördlich vom Nemetz und bei Loper wurden abgewiesen.

Auf dem Schlachtfeld an der Somme entwickelten sich mehr heftige Infanteriekämpfe. Englische Regimenter griffen nach vorwärtiger Feuerwirkung unsere Linien im Walde von Aveluy ebenfalls an. Ihre Angriffswellen erlitten in unserem Feuer schwere Verluste. Ebenso schrierten nördliche Angriffe des Fein-

des gegen Sangar. Auf dem Westufer der Aare saß der Franzose im Park von Grivones. Im übrigen brach auch hier kein Angriff blutig zusammen.

Erkundungsgefechte am Elbe-Küme-Kanal, in der Ohm- und nördlich von Pans-Mousson. Im Walde von Sprémont wiesen wir den Versuch eines durch Pioniere und Flammenwerfer verstärkten Vorstoßes ab.

Mit hartem Minenbeschuss folgten wir den Amerikanern südwestlich von Verdun und nördlich von Frenoy schwere Verluste zu.

Magdeburger Front.

Nordwestlich von Malsena drangen deutsche Stoßtrupps in französische Gräben und machten Gefangene. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die drohende Wohnungsnot.

Zweifellos werden nach dem Kriege die Schwierigkeiten, die uns der Krieg gebracht hat, nicht sofort aufhören. Mit der Nahrungsmittelknappheit, die im Gefolge des Krieges aufgetreten ist, werden sich vielleicht noch jahrelang zu kämpfen haben, und dazu wird als Schwierigkeit von ganz besonderer Größe eine starke Wohnungsnot treten. Schon jetzt herrscht vielfach Mangel an Kleinwohnungen. In einzelnen Orten ist es schon heute soweit gekommen, daß man Kellerräumen Wohnungen bauen muß, damit nicht zahlreiche Familien obdachlos werden. Während des Krieges sind, abgesehen von der ersten Zeit, Kleinwohnungen so gut wie gar nicht gebaut worden. Nach Kriegsende muß der Bedarf an Kleinwohnungen sprunghaft steigen, weil dann viele Kriegswunden erkrankt sind und in Sanatorien, Lazaretten und Frauenheimen untergebracht werden müssen. Die jetzt während des Krieges zu ihren Eltern gezogen sind, mit ihrem zurückgekehrten Mann eigene Wohnungen werden bestehen wollen. Man ist sich wohl auch allenthalben darüber klar, daß die Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Wohnungsbaus sehr große sein werden.

Darauf wies auch der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt, Freiherr von Stein, gestern im Reichstage hin, wo über die Anträge des Wohnungsausschusses beraten wurde. Daran, daß jetzt schon in größerem Umfang Kleinwohnungsanlagen errichtet werden, ist nicht zu denken. Es würde an Arbeitskräften und Material fehlen. Außerdem sind die Baukosten um 100 bis 150 Prozent höher als im Frieden, so daß die jetzt gebauten Häuser später, wenn die Baukosten wieder sinken, unrentabel wären. Nun kann man aber auch nicht einmal darauf rechnen, daß unmittelbar nach Kriegsende der Wohnungsbau mit aller Kraft wieder aufgenommen werden wird. In der ersten Zeit nach dem Kriege werden noch große Materialschwierigkeiten zu überwinden sein, außerdem wird wahrscheinlich ein sehr großer Kapitalbedarf in der Industrie eintreten und deswegen Kapital für den Wohnungsbau schwer zu bekommen sein. Es ist jetzt schon vielfach von den Staaten und Gemeinden die Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau vorzuschlagen, aber was bisher geschehen ist, dürfte nicht entfernt genügen.

Die Hauptschwierigkeit aber, die der Wiederaufnahme des Kleinwohnungsbaus nach dem Kriege entgegensteht, dürfte folgende sein: Auch nach Friedensschluß werden wahrscheinlich die Baukosten noch sehr hohe sein, wenn sie auch von der jetzt erreichten Höhe herabgehen dürften. Niemand der wird übersehen können, wie sich dauernd die Baukosten stellen werden. Wer zu den hohen Baukosten der Uebergangszeit baut, muß fürchten, daß er dann für das angelegte Kapital eine entsprechende Verzinsung nicht herausbekommen kann, wenn später die Baukosten wieder sinken und die Mieten sinken können. Man kann sich vorstellen, daß die Uebergangszeit ein Haus für 150 000 Mark. Ein paar Jahre später kann dasselbe Haus für 125 000 Mark hergestellt werden. Dann werden sich wahrscheinlich die Mieten allgemein stellen, daß sich nur ein Baukapital von 125 000 Mark verrentiert. Für das Mehr von 25 000 Mark, das bei einem in der Uebergangszeit gebauten Haus aufgebracht werden mußte, würden Zinsen nicht zu erzielen sein, diese 25 000 Mark würden also so gut wie verloren sein. Die Aussicht, auf diese Weise einen Teil des aufgewendeten Kapitals zu verlieren, wird aber in der Uebergangszeit, wenn nicht Staat und Gemeinden Hilfe leisten, sowohl die Privatunternehmer wie die gemeinnützigen Bauvereinigungen davon abhalten, den Wohnungsbau aufzunehmen.

Deswegen ist man sich in allen Kreisen, die sich näher mit der Wohnungsfrage beschäftigen, darüber klar, daß auf die Milderung der Wohnungsnot in absehbarer Zeit nur dann zu rechnen ist, wenn von Reich, Staat und Gemeinden in der Uebergangszeit Zuschüsse zu den Baukosten gezahlt werden oder wenn ein dauernder jährlicher Zuschuß für die in der Uebergangszeit gebauten Häuser garantiert wird.

In den vom Reichstag angenommenen Anträgen des Wohnungsausschusses wird auch gefordert, daß vom Reich 500 Millionen für den Wohnungsbau aufgewendet werden. Dabei hat der Wohnungsausschuss den Wunsch ausgesprochen, daß die Bundesstaaten und Gemeinden einen gleichen Betrag für den Wohnungsbau aufbringen. Es würde nicht gelingen, wenn man etwa diese Summen benötigen wollte, um

Darlehen für den Wohnungsbau zu geben, sondern es ist unbedingt notwendig, daß das Geld zur Gewährung von Zuschüssen für die übernormalen Baukosten, die in der Uebergangszeit zu erwarten sind, verwendet wird. Somit stehen wir auf dem Gebiet des Wohnungsbaus vor einem Schrecken ohne Ende, und es wäre nicht zu vermeiden, daß wir viele Jahre lang mit einer massenhaften Obdachlosigkeit zu kämpfen hätten.

Die Gewährung von solchen Zuschüssen ist auch schon deswegen notwendig, damit die Mieten, die ja schon jetzt im Steigen begriffen sind, nicht eine zu große Höhe erreichen. Die Mieten sind ja teilweise nicht mehr auf dem Stand zu halten, auf dem sie vor dem Kriege gestanden sind, schon aus dem Grunde, weil viele Hausbesitzer für ihre Hypotheken einen höheren Zinsfuß werden zahlen müssen oder schon jetzt zahlen als vor dem Kriege, und weil die meisten der Häuser, die jetzt gebaut werden, von der Verrentung gewachsen sind. Träte aber eine dauernde Wohnungsnot ein, so würden die Mieten weit über das Maß hinaussteigen, das durch die Zinsen- und Inflationsteigerung gerechtfertigt wäre. Die Bestimmungen, die zum Schutz der Mieter erlassen sind, werden dann kaum helfen, wenn jeder noch sein Recht, überhaupt eine Wohnung zu bekommen. Also auch um eine neue, schwere Belastung der Lebenshaltung der breiten Massen zu vermeiden, ist der hier geforderte Reichszuschuß dringend notwendig.

Freilich darf man sich allein mit dieser Maßnahme nicht begnügen und die Wohnungsentwertung zu bekämpfen. Das zu erwartende oder schon eingetretene Steigen der Mieten und die Wohnungsnot können zur Folge haben, daß auch die Bodenpreise steigen. Es muß aber den Massen des deutschen Volkes wenigstens eine Mehrbelastung, die den Bodenbesitzern und den Bodenpekulanten zugute käme, erspart werden, und das könnte am besten geschehen durch ein durchgreifendes Enteignungsrecht von Staat und Gemeinden. Das Recht zum Enteignen von Land für den Wohnungsbau ist heute schon in mehreren deutschen Bundesstaaten vorgesehen. Auch in Sachsen soll nach einer Regierungserklärung die Enteignung von Land für die Zwecke des Wohnungsbaus weit über das Maß hinaussteigen, das durch die Zinsen- und Inflationsteigerung gerechtfertigt wäre. Mit dem Enteignungsrecht ist aber nicht viel gewonnen, wenn bei der Enteignung die von den Spekulant bereits in die Höhe getriebenen Bodenpreise zugrunde gelegt werden. Es müßte unbedingt bestimmt werden, daß das Land zu dem Werte enteignet werden kann, den es bei seiner bisherigen Nutzung für landwirtschaftliche Zwecke oder als Lagerplatz gehabt hat. Nur so kann verhindert werden, daß das deutsche Volk wieder Millionen und aber Millionen den Bodenbesitzern opfern muß. Summen, die einer Anzahl Grundbesitzer mühelos in den Schoß fallen würden, während die Mieter der auf solchem Boden errichteten Häuser dauernd den hohen Bodenpreisen entsprechende hohe Mieten zahlen müßten. Die Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Wohnungsbaus sind so groß, daß selbst, wenn von allen Seiten die größten Anstrengungen gemacht werden, um Abhilfe zu schaffen, die Zustände immer noch schlimm genug sein werden. Um so notwendiger ist es, daß wenigstens alles geschieht, was nur irgend geschehen kann, um der drohenden Not zu steuern.

Dreiviertel Million fehlende Wohnungen.

Die Sitzung des Reichstages wurde am Freitag durch die Besprechung über die Wohnungsverhältnisse im Anschluß an den Bericht und die Anträge des betreffenden Ausschusses ausgefüllt. Eingehend schilderte Genosse Böhre die nach dem Kriege unheilbar einsetzende Wohnungsnot, die zu einem Teil schon jetzt sichtbar ist. Nach dem Kriege werden mindestens 7 Millionen Wohnungen fehlen, während man doch den aus dem Felde heimkehrenden Kriegern ein eigenes Heim in besonderem Maße wünschen würde. Statt dessen lauten jetzt so geradezu frivole zu nennende Pläne auf, ausrangierte Eisenbahnwagen und dreckige verfallene Holzunterstände aus dem Felde in Proletarierwohnungen umzuwandeln. Das müßte die größte Empörung bei allen Feldgrauen auslösen. Auf das energischste verlangt wurde, daß Familienwohnungen errichtet werden. Denn leider fehlt es an Material und an Arbeitskräften, jetzt schon zu bauen. Man muß aber den zurückkehrenden Kriegern ein einigermaßen behagliches, mindestens ein menschenwürdiges Wohnen bereiten, da sie ja einige Jahre in diesen Wohnungen zubringen werden.

Die einseitliche Leitung und Organisation des Wohnungsbaus muß in den Händen des Reiches liegen. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt, Freiherr v. Stein, erklärte die Notwendigkeit dieser Ausführungen an und teilte mit, daß Verhandlungen über die im Reichswirtschaftsamt für diese Aufgabe zu leistende Organisation im Gange sind. Auch den übrigen Anträgen der Kommission, die besonders die Beschaffung von Holzbohlen und Baumaterialien betonen, und die Veranschlagung von 500 Millionen Mark seitens des Reiches sowie die altsächsischen Summen von den Einzelstaaten und Kommunen forderten, sprach der Staatssekretär sympathisch gegenüber. Auch die übrigen Redner begrüßten die Anträge der Kommission, wenn auch der unabhängige Sozialdemokrat Wurm mit Recht hervorhob, daß auf diesem Wege nur Linderung eintreten könne, an eine endgültige Lösung des Problems könne in der auf Ausbeutung beruhenden Kapitalwirtschaft nicht gedacht werden.

Der Streit um die Richtlinien.

Sehr allmählich hat die Welt Kenntnis davon gewonnen, daß die Sitzung des Reichswirtschaftsamt vom letzten Mittwoch beinahe zu einer Krise geführt hätte. Schuld daran haben die vom Abgeordneten Erzberger vorgebrachten Richtlinien für die Chipolitik, welche die Regierung als so unannehmbar bezeichnete, daß sie im Falle ihrer Annahme mit dem Rücktritt drohte. Tatsächlich zogen erst die Zentrumsabgeordneten, dann die von Herrn v. Payer besonders bearbeiteten Fortschrittler ihre Unterschriften zurück. Die Richtlinien blieben in der Luft hängen, die Regierung nahm zu ihnen in der Öffentlichkeit der Ausfertigung gar nicht Stellung, ein Antrag wurde nicht eingebracht, also wurde auch nicht abgestimmt, alles verlief im Sande.

Die Richtlinien, deren geistiger Urheber übrigens gar nicht Erzberger, sondern der sehr zurückhaltende und besonnene Reichsminister von Redenburg sein soll, gewinnen durch diesen Vorgang besonders Interesse. Was steht denn so Ungeheuerliches darin, daß die Regierung mit ihrem Rücktritt drohte, um ihre Annahme zu verhindern?

Es handelte sich um drei Sätze. Der erste laut: „Entscheidungen in allen die Ueberwindung betreffenden politischen und wirtschaftlichen Fragen dürfen nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des Reichstages getroffen werden.“ Warum widerspricht die Regierung der Annahme dieses Satzes? Würde sie, daß auch ohne Zustimmung des Reichstages Entscheidungen getroffen werden können?

Der zweite Satz lautet: „Die Friedensverträge von Brest-Litovsk sind in vollem Umfang sowohl dem Volk als auch dem Sinne nach aufrecht zu erhalten.“ Meint die Regierung, daß die Friedensverträge nicht oder nur dem Wortlaut, nicht dem Sinne nach aufrecht zu erhalten sind?

Der dritte Satz lautet, daß die Austauschartikel, die der Ukraine für ihr Getreide in Aussicht gestellt sind, mit künftiger Verkleinerung zur Verfügung gestellt werden sollen, und führt dann fort: Die politischen und militärischen deutschen Interessen haben sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ukraine zu enthalten. Man fragt mit wachsendem Erstaunen, was der Regierung an diesen Richtlinien unannehmbar sein kann. Liegen die Dinge so wie sie sind und wie man sie uns darstellt, dann wären die Richtlinien ganz selbstverständlich und heutzutage überflüssig. Selbstverständlich ist, daß der Reichstagsrat als der einzig verantwortliche Reichsbeamte gefragt werden muß, wenn Entscheidungen in politischen und wirtschaftlichen Fragen getroffen werden müssen. Selbstverständlich ist schließlich, daß uns die inneren Verhältnisse der Ukraine, die wir als selbständiger Staat anerkennen, nichts angehen und daß wir uns in sie nicht einzumischen haben.

Tatsächlich verlangt man in allen offiziellen Erklärungen und Berichten den Anschein zu erwecken, als würde längst nach der selbstverständlichen Weisheit jener Richtlinien gehandelt. Beispielsweise hat man in einem offiziellen deutschen Bericht gelesen, daß das militärische Einschreiten gegen das ukrainische Parlament im Einvernehmen mit dem Befehlshaber, Herrn von Plümm, erfolgt sei. Die Ukrainer dagegen versichern, als sie zu Herrn von Plümm kamen, um mit ihm den Vorfall zu besprechen, hätte der Mann von dem ganzen noch gar keine Ahnung gehabt!

Ein Teil der Berliner Presse deutet die Richtlinien als einen Vorstoß gegen die oberste Exekutivgewalt. In Wirklichkeit versuchen sie nicht im mindesten, in die wirklichen Kompetenzen der obersten Exekutivgewalt einzugreifen. Nach dem uns förmlich versichert worden ist, der Krieg im Osten sei zu Ende, ist es wirklich komisch, daß man sich noch über die Kompetenzen der obersten Exekutivgewalt streitet, deren Aufgabe doch ist, Krieg zu führen.

Warum hat sich also die Regierung mit Kräften der Verarmung gegen die Annahme der Richtlinien gewehrt? Auf diese Frage findet man keine andere Antwort als die, daß die Regierung einen Konflikt nach der anderen Seite hin befürchtete, wenn sie sich mit den Richtlinien einverstanden erklärte. Wollte sie sich weitere Unannehmlichkeiten ersparen, dann mußte einer der beiden Teile nachgeben, und dazu schien der Reichstag als der weichere und schwächere Teil der bezugs-